



KÖRBER: Ausreichend bezahlbarer Wohnraum ist bester Mieterschutz

KÖRBER: Ausreichend bezahlbarer Wohnraum ist bester Mieterschutz

Anlässlich der aktuellen Kritik des Deutschen Mieterbundes an der Wohnungspolitik der Bundesregierung erklärt der baupolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Sebastian KÖRBER:
Es ist zu kurz gesprungen, gebetsmühlenhaft immer nur nach mehr Geld von "Vater Staat" zu rufen, denn so werden auch nicht über Nacht mehr Wohnungen herbeigezaubert. Vielmehr müssen Kommunen, Länder und der Bund gemeinsam ihren Beitrag leisten: Die Länder dürfen nicht alles im Bundesrat blockieren (z.B. Steuer-AfA bei energetischer Sanierung), die 518 Mio. Euro Kompensationsmittel des Bundes auch wirklich für bezahlbaren Wohnraum (z.B. für Studenten) verwenden. Die Kommunen (die 10 größten deutschen Städte sind SPD regiert) müssen Bauland günstig ausweisen und Baurecht schneller erteilen.
Wo ist eigentlich die Empörung, wenn es gilt, rot-grüne Landesregierungen zu ermahnen, die bereits erhaltenen erheblichen Bundesmittel auch zweckgebunden einzusetzen? Hier wäre der an die Bundesregierung gerichtete Anwurf von "Desinteresse" und "Passivität" sicher glaubwürdiger und konstruktiver angebracht.
Es gibt in Deutschland keine Wohnungsnot. Zum Gesamtbild gehören auch Regionen mit Abwanderung und Leerstand, in denen die Mieten stagnieren oder sogar zurückgehen. Gleichwohl wird das Angebot in Ballungsräumen knapper. Glücklicherweise nehmen Baugenehmigungen und Fertigstellungen deutlich zu. Unser Ziel ist, die Investitionstätigkeit in den Wohnungsbau durch Anreize zu stärken, um das Angebot zu erhöhen - gerade auch im Bereich günstigen Wohnraums. Eine entsprechend ausgestaltete degressive AfA würde im frei finanzierten Wohnungsbau wichtige Impulse auslösen - das steht übrigens auch schon druckfrisch im FDP-Bürgerprogramm für die Bundestagswahl. Der Neubau lässt sich nur wirksam ankurbeln, wenn man Investoren eine faire Renditechance lässt. Der Mieterbund und die ihnen nahestehenden Oppositionsparteien gehen jedoch den umgekehrten und investitionsfeindlichen Weg. Damit es auch in Zukunft Anreize für private Vermieter gibt in neue Mietwohnungen zu investieren, müssen ausufernden Mietpreis-Reglementierungen vermieden werden.
Der beste Mieterschutz und die wirksamste Maßnahme zur Begrenzung des Mietanstiegs sind hohe Bauaktivitäten und die können nur private Investoren erbringen. Sie bieten heute über 60 Prozent der Mietwohnungen an und könnten durch die öffentliche Hand nicht ersetzt werden. In diesem Sinne verfolgen wir als Liberale eine zielgerichtete Wohnungspolitik, die bezahlbaren Wohnraum erhält und neuen Wohnraum schafft - vor allem in Ballungszentren.

FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de>

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.